



Fachdienst Schule und Sport

Frau Kerstin Kotziers, Tel. 171326

TOP: Zusammenfassung der Machbarkeitsstudien für den Infrastrukturausbau der Offenen Ganztagsbetreuung aus 2021

Bericht Nr. 243/2022

Produkt: 03.02.01 Ganztägige Förder- und Betreuungsangebote

Beratungsfolge

Schulausschuss

Behandlung

öffentlich

Sitzungstermine

11.11.2022

Finanzielle Auswirkungen?

ja

nein

investiv konsumtiv

Aufwendungen/Auszahlungen

Folgekosten (AfA, Unterhaltung...)

Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen

Sonstige Erträge/Einzahlungen

einmalig

lfd. jährlich

Bemerkung:

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto: nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: / /

Laufend: / /

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage:

Beschlussumsetzung bis: entfällt.

Beschlussvorschlag:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Bericht:

Am 02. Oktober 2021 hat die Bundesregierung den Anspruch auf ganztägige Betreuung mit dem Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter verankert. Demnach soll ab August 2026 jedes Grundschulkind der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen entsprechenden Platz in einer ganztägigen Betreuung erhalten. Dieser Anspruch wird sukzessiv in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Ab August 2029 soll demnach jedes Grundschulkind einen Anspruch auf ganztägige Betreuung haben.

Um dieser neuen Herausforderung gerecht werden zu können und frühzeitig handlungsfähig zu sein, hat die Stadt Lüdenscheid im Jahr 2021 Machbarkeitsstudien veranlasst, um zu untersuchen, inwieweit die jetzigen Offenen Ganztagschulen (OGS) im Stadtgebiet diesem Anspruch gerecht werden können.

Dabei wurden folgende Schulen untersucht:

- Grundschule Tinsberg (extern)
- Knapper Schule (extern)
- Westschule (extern)
- Grundschule Parkstraße (extern)
- Adolf-Kolping-Schule (extern)
- Grundschule Lösenbach (extern/städtisch)
- Grundschule Pestalozzi (städtisch)
- Grundschule Bierbaum (extern)

Die in Auftrag gegebenen Gutachten wurden durch die Förderung des Bundes zum beschleunigten Infrastrukturausbau in Ganztagschulen bezahlt.

Die Grundschule Ida Gerhardi wurde nicht explizit untersucht, da diese erst zum Auftakt des Schuljahres 2021/2022 eröffnet wurde und von Beginn an mit einem offenen Konzept der ganztägigen Betreuung arbeitet, so dass hier keine Kapazitätsprobleme in Bezug auf den Rechtsanspruch entstehen dürften. Ebenso wurde die Erwin-Welke-Schule nicht untersucht, da hier kurzfristig neuer Raum für die OGS frei wird, durch die Verlagerung des Jugendtreffs aus der Schule hinaus in das neue Kita-Gebäude „Lenneteich“. Bezüglich der Otfried-Preußler-Schule fand ebenfalls keine Untersuchung statt, da hier an der „externen“ OGS-Betreuung (Hort Gevelndorf und CVJM Jugendfreizeitstätte Rathmecke/Dickenberg) festgehalten wird.

Die Grundschule Wefelshohl wurde wegen ihrem aktuellen Raumkonzept keiner Untersuchung unterzogen, da diese bereits für einen erhöhten Anspruch konzipiert wurde. Die Grundschule Wehberg hat einen externen Standort für die OGS-Betreuung in der in der CVJM-Jugendfreizeitstätte „Audreys“ (Im Olpendahl 52, ca. 500 m vom Schulstandort entfernt), weswegen hier keine spezifische Betrachtung erfolgt ist. Die Grundschule Lösenbach wurde von einem externen Ingenieurbüro auf deren Statik und Tragfähigkeit untersucht. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung erfolgte die temporäre Verlegung der Schule in die Kaiserallee. Eine weitere Beurteilung des Bestandsgebäudes unter OGS-Aspekten erfolgt hier nicht, da zunächst die grundsätzliche Frage über das weitere Vorgehen mit dem Gebäude am Standort Schubertstraße 9 geklärt werden muss.

Aufgrund einer alternativen Standortlösung in unmittelbarer Nähe der Grundschule Pestalozzi, wurde diese ebenfalls nicht genauer betrachtet, sondern erste Betrachtungen/Planungen von städtischen Mitarbeiter*innen durchgeführt. Inwiefern diese Lösung praktisch umsetzbar ist, befindet sich noch in Klärung. Für den Standort Bierbaum erfolgt aktuell eine Untersuchung des Neubaus von Pavillons und weiterer Alternativen.

Die entsprechenden Untersuchungen der Grundschulen Knapper, Tinsberg, West, Parkstraße und Adolf-Kolping wurden von verschiedenen Architektenbüros aus Lüdenscheid und Umgebung durchgeführt. Hierzu wurde als Grundlage von einer Auslastung der Offenen Ganztagsbetriebe in Höhe von

80 % ausgegangen. Es wurden sowohl Besichtigungstermine vor Ort durchgeführt, als auch Termine mit anderen Behörden zu ersten Absprachen. Nach der Evaluation des Ist-Zustandes der betrachteten Gebäude kamen alle Dienstleister zu dem Schluss, dass keine der Schulen ausreichende räumliche Kapazitäten aufweist, um dem Rechtsanspruch gerecht zu werden. Teilweise haben die Schulen bereits jetzt eine Warteliste, da die Kapazitäten schon ausgeschöpft sind. Zudem erfordert der jetzige räumliche Bestand bei vielen einen erheblichen Organisationsbedarf sowie die Arbeit mit provisorischen Lösungen.

Auf Grundlage des erarbeiteten IST-Zustandes sowie der Expertisen der Architekten wurden diverse Lösungen aufgezeigt.

Konkret bedeuten diese für die Grundschule Tinsberg sowie die Grundschule Knapper jeweils ein Neubau auf dem Schulgelände, um ausreichend Platz für die zu verankernden Betreuungsplätze zu schaffen. Für die Grundschule Tinsberg wurden demnach in der ersten Berechnungsebene Gesamtkosten in Höhe von ca. 3 Millionen € veranschlagt. Für die Grundschule Knapper ca. 3,1 Millionen €. Bei der Knapper Schule muss hier ebenfalls berücksichtigt werden, dass eine Dreizügigkeit der Grundschule in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen werden kann, da die Innenstadtsschulen, auch ohne den Rechtsanspruch der ganztägigen Betreuung, an ihre Grenzen stoßen. Aufgrund der geplanten Mehrzwecknutzung des Neubaus könnte dieser zusätzliche Anspruch bereits teilweise mit abgefangen werden.

Bei der Grundschule Parkstraße sowie der Grundschule Westschule kann der benötigte räumliche Bedarf durch Umbau des bestehenden Gebäudes erzielt werden. Hierfür wurden für die Parkstraße Kosten in Höhe von ca. 3,5 Millionen € und bei der Westschule in Höhe von ca. 4 Millionen € veranschlagt. Bei der Adolf-Kolping-Schule wurde von den Architekten ein Anbau vorgeschlagen, womit zusätzlicher Platz geschaffen werden könnte. Dieser Anbau beläuft sich nach ersten Berechnungen auf ca. 5,5 Millionen €.

Würden alle Maßnahmen nach Planung der Architekten durchgeführt werden, so würden sich diese auf Kosten in Höhe von ca. 19,1 Millionen € belaufen. In dieser Summe sind noch nicht die aktuellen Steigerungen der Baukosten berücksichtigt. Es handelt sich um Kostenschätzungen aus 2021. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es sich derzeit lediglich um Machbarkeitsstudien handelt und sich die genaueren Kosten erst bei einer detaillierten weiteren Planung verifizieren lassen. Abweichungen, auch nach oben, können nicht ausgeschlossen werden.

Der Bund hat zugesagt, den Ganztagsausbau über Finanzhilfen zu unterstützen. Die konkrete Summe, welche der Stadt Lüdenscheid aus der geplanten Summe zusteht, ist leider noch nicht bekannt. Die Verwaltung wird einen Fahrplan entwickeln, wie der Rechtsanspruch sowohl finanziell als auch organisatorisch gewährleistet werden kann. Die bauliche, finanzielle und organisatorisch-personelle Dimension, die der Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung vor Kindern im Grundschulalter auslöst, lässt sich dabei nur durch eine Priorisierung der Vorhaben bewältigen.

Lüdenscheid, den 19.10.2022

Im Auftrag

gez. Reuver

Reuver